

Sofortinformation über die Beratung des Bundesausschusses der Partei DIE LINKE am 17. und 18. Juni 2023

Der Bundesausschuss kam am 17. und 18. Juni 2023 zu einer Beratung im ND-Gebäude, Franz-Mehring-Platz 1 in Berlin zusammen. Nach der Konstituierung wurde die Beratung mit den Berichten aus den Parteistrukturen fortgeführt. Aus dem geschäftsführenden Parteivorstand informierte Parteivorsitzender Martin Schirdewan. Aktuelle Themen im Parteivorstand sind und waren die Auseinandersetzung in der Koalition in Bezug auf die Kindergrundsicherung und das Heizungsgesetz, die Kritik an der Reform des Gemeinsamen Europäischen Asylsystems (Asylkompromiss) und die Kritik am Kriegsmanöver „Air Defender 2023“ und Militarisierung. Des Weiteren hat der Parteivorstand sich mit den öffentlichen Überlegungen zur Gründung einer Konkurrenzpartei durch Sahra Wagenknecht befasst und einen Beschluss „Unserer Verantwortung gerecht werden: DIE LINKE als plurale sozialistische Partei erhalten!“ gefasst. Dieser Beschluss beinhaltet, dass es inakzeptabel ist, dass Ressourcen aus für DIE LINKE gewonnenen Mandaten für den Aufbau eines Konkurrenzprojektes genutzt werden und diejenigen, die sich am Projekt einer konkurrierenden Partei beteiligen, auffordert ihre Mandate zurückzugeben. Ein Schwerpunkt der Beratung des Parteivorstands war die Verständigung zu strategischen Aufgaben der Partei für die kommenden Jahre auf der Grundlage einer Vorlage der Parteivorsitzenden zu den bisherigen Planungen: „Unser Plan 2025: Comeback einer starken LINKEN“ wurde vom PV beschlossen, der die wesentlichen Bausteine für die Stärkung der Partei sowie die Etappenziele bis zur Bundestagswahl 2025 benennt.

Der Stellvertretende Vorsitzende Ates Gürpınar berichtete vom Stand der Arbeit des Kampagnenrates und der Umsetzung der Kampagne „2023 Umverteilen“. Die Bundesgeschäftsstelle ist auf die Kampagne ausgerichtet sowie die Unterstützung und Aktivierung der Basis für die Kampagne. Die Aktionskonferenz der LINKEN vom 30. Juni bis 2. Juli 2023 in Frankfurt bildet den Auftakt der Kampagne. Am Aktionstag am 8. Juli 2023 sind alle Genoss*innen und Kreisverbände aufgerufen sich mit dezentralen Aktionen auf den Straßen und Plätzen zu beteiligen.

Aus der Bundestagsfraktion berichtete MdB Thomas Lutze. Die Stimmungslage in der Bundestagsfraktion ist auf Grund der innerparteilichen Auseinandersetzungen schwierig. Aktuell gibt es keine Bestrebungen, dass Gruppen oder Einzelne die Fraktion verlassen würden. Inhaltlich gibt es wenig Differenzen in der Fraktion, aber die Zusammenarbeit ist schwierig durch die Konflikte. Die strategische Ausrichtung der Partei wird unterschiedlich bewertet, wie DIE LINKE wieder stark werden kann. Seiner Meinung nach sollte die soziale Frage sollte in den Mittelpunkt gestellt werden und Themen in den Mittelpunkt gestellt werden, für die es grosse Einigkeit in der Partei gibt.

Für den Jugendverband berichtete Bengt Rüstemeier und gab einen Ausblick auf die Arbeitsvorhaben in den kommenden Wochen und Monaten. Derzeit beteiligt sich der Jugendverband auf europäischer Ebene am Aufbau eines europäischen Jugenddachverbandes, führt eine Sommerakademie auf Rügen durch, im September ein Bundesjugendplenium und im November seinen Bundeskongress mit Wahl des neuen Bundessprecher*innenrates. Des Weiteren werden innerhalb des Jugendverbandes verschiedene Schulungen angeboten und Awarenessstrukturen weiter ausgebaut. Der SDS hatte parallel zur Bundesausschusssitzung seinen Bundeskongress in Stuttgart, bei dem er sich mit der Einführung studentischer Tarifverträge und dem Erhalt eines klaren friedenspolitischen Profils innerhalb der Partei beschäftigte.

Gunhild Böth berichtete für das Präsidium des Bundesausschusses und mahnte an, dass zur Sitzung im April, die den Haushalt der Partei sowie den Beschluss über die Kampagne der Partei zum Gegenstand hatte,

die Beschlussfähigkeit nicht gegeben war sowie die daraus resultierenden Umlaufbeschlüsse nur mäßig Beachtung fanden. Das Präsidium formulierte den dringenden Appell, dass die Mitglieder des Bundesausschusses diese für die Partei essentielle Aufgabe besser wahrnehmen müssen.

Arthur Pech berichtete für den Ältestenrat über den konsequenten Einsatz des Ältestenrates für das friedenspolitische Profil der Partei.

Edgar Zittelmann berichtete zur Auswertung der Wahlen in Bremen. Die hohe Arbeitslosigkeit war eine schwierige Ausgangslage. Insgesamt hat DIE LINKE einen starken und guten Wahlkampf hingelegt und erhielt Unterstützung aus der gesamten Partei. Gemeinsam wurde unter den Gegebenheiten ein gutes Ergebnis erzielt mit einer guten Kampagne um die Wirtschaftssenatorin Christina Voigt und die Gesundheits- und Frauensenatorin Claudia Bernhardt sowie zentralen sozialen Themen.

Zu den Kommunalwahlen in Schleswig-Holstein berichtete Marianne Kolter. Dort hat DIE LINKE Verluste zu verzeichnen, welche die schwierige Situation der LINKEN in der Fläche deutlich macht. Zudem wurde das Wahlsystem in Schleswig-Holstein geändert, was ein zusätzliches Problem darstellte. Ein kleiner Wahlerfolg konnte in Elmshorn errungen werden, was auch auf die Bekanntheit der beiden Kandidierenden zurückzuführen ist.

Schwerpunktthema am ersten Beratungstag waren die Vorbereitungen der Europawahl 2024. Gunhild Böth stellte die Ergebnisse der Bundesausschussdiskussionen zum Europawahlprogramm vor. Es lag dazu auch ein Bericht des Bundesausschusspräsidiums über die Programmdebatte des Bundesausschusses vor. Es wurden sechs digital Veranstaltungen gemeinsam mit Mitgliedern der Internationalen Kommission durchgeführt, wobei die Teilnahme der Bundesausschussmitglieder gering war. Die Chance, sich in die Debatte um das EU-Wahlprogramm einzubringen, wurde somit nicht umfangreich genutzt. Trotz geringer Teilnahme wurden jedoch gute Debatten zu den verschiedenen Themenbereichen geführt und Anregungen sind in die Diskussion und Arbeit der Internationalen Kommission mitgenommen worden.

Daphne Weber berichtete aus der Internationalen Kommission zum Stand der inhaltlichen Debatte zum Wahlprogramm. In der Internationalen Kommission sind alle Weichen auf Wahlprogrammerarbeitung gestellt. Vorbereitende Fachgespräche wurden geführt, Gespräche zu den Themen Klima und Energie, europäische Institutionen, Demokratisierung der Europäischen Union und Menschenrechten, europäische Sicherheitsarchitektur und Frieden fanden statt. Der Bundesausschuss wurde in diese Arbeit mit digitalen Veranstaltungen mit eingebunden. Die Skizze für ein Europawahlprogramm als Stoffsammlung liegt vor und diese muss nun gemeinsam diskutiert und fokussiert werden.

Die Wahlstrategie und den Stand des Europawahlprogrammes stellte der Parteivorsitzende Martin Schirdewan vor. Vor allem die Frage der sozialen Situation vieler Menschen in Europa war eines der zentralen Punkte. Viele können Strom und Heizung nicht bezahlen, während einige wenige immer reicher werden. Martin Schirdewan wies auf die Internationalen Zeitenwende hin und stellte heraus, dass die Europawahl eine Weichenstellung für uns als LINKE ist. Drei Kernpunkte stellte er für unsere Partei mit Blick auf die Europawahl heraus: Soziale Gerechtigkeit inklusive Steuergerechtigkeit, Klimagerechtigkeit sowie Friedenspolitik in Europa und internationale Beziehungen. Die Verknüpfung der Europawahl mit den vielerorts stattfindenden Kommunalwahlen soll mit den Themen Daseinsfürsorge, Wohnen, Gesundheit und Pflege unteretzt werden.

Der Bundesgeschäftsführer Tobias Bank stellte dem Bundesausschuss den Zeitplan für den Leitantrag an den Europaparteitag vor und informierte anschließend über den organisatorischen Stand der Vorbereitung des Europa- und Kommunalwahlkampfes. Die Vorbereitungen für die Europa-, Kommunal- und Landtagswahlen laufen auf Hochtouren, dass Bundeswahlbüro mit den Landesgeschäftsführer*innen hat bereits letzten Herbst seine Arbeit aufgenommen und die Organisationsstrukturen in der Bundesgeschäftsstelle der LINKEN werden sukzessiv umgestellt und auf Wahlkampf fokussiert.

Es folgte eine ausführliche Debatte im Bundesausschuss über die Situation innerhalb der Partei.

Aus der Gruppe im Europaparlament berichtete MdEP Martin Schirdewan. Themen der Gruppe im Europaparlament waren und sind die Reform des Gemeinsamen Europäischen Asylsystems, die europäische Schuldenbremse, Steuergerechtigkeit und Umverteilung sowie europäische Klimapolitik mit dem Renaturierungsgesetz.

Auch die Europäische Linke bereitet sich intensiv auf den Wahlkampf vor. Martin Günther berichtete, dass Cluster gebildet werden, in denen die Arbeitsgruppen der Europäischen Linken inhaltliche Entwicklung aller europäischen linken Parteien diskutieren. Er wies zudem auf verschiedene Veranstaltungen der EL hin wie die Konferenz zur Entwicklung der Rechten in Europa in Budapest „No Pasaran“ und die Sommeruniversität Anfang Juli in Slowenien.

Der BA fasste den Beschluss zu den „Kriterien und Zeitplan zur Aufstellung der Vorschlagsliste für die Wahl zum europäischen Parlament im Jahr 2024.“

Im weiteren Verlauf beschäftigte sich der Bundesausschuss mit den Themen Parteistrukturereform. Barbara Borchardt, die als Vertreterin des Bundesausschusses in der Strukturreformkommission mitwirkt, berichtete vom Stand der Arbeit dieser Arbeitsgruppe. Es wurde über erste inhaltliche Schwerpunkte diskutiert und über die Zielsetzung der Arbeit gesprochen.

Am zweiten Beratungstag stellten die Mitglieder des Bundesausschusses aus den Landesverbänden den Stand der Vorbereitungen der Kommunalwahlen 2024 und deren Verknüpfung mit den Europawahlen vor. In den Beiträgen aus den Landesverbänden wurde deutlich, dass die Vorbereitungen in den Landes- und Kreisverbänden auf Hochtouren laufen, und herausgestellt, dass vor allem die Schwierigkeiten im ländlichen Raum für die Kommunalwahlen noch einmal deutlicher in den Fokus genommen werden müssen und die Verknüpfung Kommunalwahlen und Europawahlen noch stärker ausgebaut werden muss.

Am Ende der Beratung wurde der Antrag „040 Bildungswende jetzt“ beschlossen und dazu aufgerufen die Bündnisse vor Ort zu unterstützen.

Im Rahmen der Bundesausschusssitzung in Präsenz wurde mit Reden von Gregor Gysi für Hans Modrow und von Janis Ehling für Heinz Hillebrand der beiden leider verstorbenen Genossen gedacht.

Die nächste Beratung des Bundesausschusses findet am 16. und 17. September 2023 in Präsenz in Berlin statt.

18. Juni 2023

Präsidium des Bundesausschusses:

Gunhild Böth, BAG Bildung

Cornelia Swillus-Knöchel, NRW

Mandy Eißing, Thüringen

Martin Günther, Brandenburg

Lars Hilbig, Forum Demokratischer Sozialismus

Alexander Kauz, Baden-Württemberg